Stadt Wien

Information von öffentlichem Interesse
Medienrelevante Anfrage

Anfrage durch:
Medien

Thema:
Ein Jahr Informationsfreiheitsgesetz

Auskunftsstelle:
Magistratsdirektion

Monat der Auskunft:
August 2026

Im Folgenden sind die gegenständlichen Fragen – diese werden genauso zitiert, wie sie tatsächlich gestellt wurden – und die erteilten Auskünfte übersichtlich aufgegliedert:

Frage 1:	Wie viele Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz sind bisher bei der Stadt Wien eingetroffen?
	Seit Inkrafttreten des IFG am 1. September 2025 sind bei der Stadt Wien 1.823 Informationsbegehren eingelangt.
Frage 2:	Um welche Themen geht es dabei am häufigsten?
	Am häufigsten wird zu den Themen Bauen, Verkehr, Betriebsanlagen sowie Stadtplanung angefragt.
Frage 3:	Wer sind die Anfragenden - handelt es sich dabei meist um Privatpersonen oder z.B. um PolitikerInnen oder JournalistInnen?
	Da das Gesetz keinen Interessensnachweis verlangt, wird das nicht explizit erhoben. Aus der Erfahrung lässt sich aber sagen, dass ein erheblicher Anteil der Anfragen von Privatpersonen kommt. Gefragt wird aber auch von Journalist*innen, Social Watchdogs und Politiker*innen.
Frage 4:	Kommt es häufig zu Unklarheiten, was nach dem IFG öffentlich gemacht werden darf/soll und was nicht?
	In der überwiegenden Anzahl der Fälle lässt sich das klar beurteilen. Wie bei jedem neuen Gesetz gibt es auch beim IFG Auslegungsfragen, die sich erst in der Praxis zeigen. Sie betreffen typischerweise die Abwägung mit Rechten Dritter – wie etwa dem Datenschutz oder Geschäftsgeheimnissen.
Frage 5:	Wie viele Anfragen wurden fristgerecht beantwortet?
	Nahezu alle. Bei 1.823 Begehren gab es lediglich 6 Säumnisbeschwerden.
Frage 6:	Gibt es Beschwerden bzw. auch Gerichtsverfahren gegen Auskünfte der Stadt?
	Es gab 31 Beschwerden. Derzeit sind 17 Gerichtsverfahren anhängig.